

Es sollte vierteljährlich bei postalischer Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anseht. ...

Saale-Zeitung.

Funfundvierzigster Jahrgang.

weder die Kapitalisten Kolonialist oder deren Stamm mit 30 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. ...

Ercheut täglich neuem, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Nebengedächtnisse: Markt 24.

Nr. 67.

Halle a. S., Donnerstag, den 9. Februar.

1911.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

Berlin, 9. Febr. In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Mittwoch die Generaldebatte über den Militäretat und die Militärvorlage fortgesetzt.

Ein nationalliberaler Abgeordneter führt über die Abrüstungsfrage aus, ein Militärabkommen mit England könne wohl nicht in Frage kommen, höchstens eine Verständigung über die Marine. ...

Ein Sozialdemokrat betont die Friedens- und Vaterlandsliebe seiner Parteigenossen. Im Falle eines Angriffs würde kein Sozialdemokrat gesinnter Soldat auch nur einen Augenblick schwanken, seine volle Pflicht zu tun. ...

Das Zentrum hat zum Friedenssprüngelei Resolution eingeklagt.

Den Reichsantrag zu erörtern, er möge dahin wirken, daß 1. Gehalte um Verringerung von Militärfunktionen von dem aktiven Dienst aus Verleitungsgründen, besonders bei Gehältern von Wägen, möglichst wohlwollend behandelt werden; ...

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 141,4 Millionen. Davon werden für 1911 angefordert 3,7 Millionen an fortbauenden und 4,2 Millionen an einmaligen Ausgaben. ...

Der Reichshofjägeretat

erklärte, das Schatzamt halte sich strikt an das Gesetz. Von den durch die Referenten angegebenen Zahlen wisse er nichts. Die Vorlage sehe nur 104 Mill. M. Gesamtkosten, davon 21,8 Mill. fortbauende und 82,4 Mill. einmalige Ausgaben vor. ...

Pichons Bedrängnis.

Aus Paris wird uns geschrieben: Dem französischen Minister des Auswärtigen, Herrn Stephan Pichon, geht es schlecht. Er ist gezwungen, dauernd Beschwichtigungsworten zu halten, welche, wie alle löblichen Phrasen in französischen Kammern, zwar regelmäßig ...

wordene öffentliche Meinung beruhigen, noch seine Position dauernd bessern. Nun ist er gar noch in Streit geraten mit einem jungen und freitbaren Mann, der ihn zwar oft unterläßt, aber auch viel geirrt hat, mit Herrn André Tardieu. ...

Nun ist es klar, daß diese Kolonialfrage und die Angriffe des Herrn Tardieu dem Minister nur deswegen so gefährlich werden können, weil man zuerst in Paris mit der auswärtigen Lage Frankreichs nicht recht zufrieden ist und die Schuld daran natürlich dem Minister in die Schuhe schiebt. ...

Andereits aber ist Pichon gerade an den Veränderungen, die die Unzufriedenheit der Franzosen erregt haben, an der Potsdamer Entree und ihren Folgen, nicht schuld, auch nicht an der Nervosität der französischen Presse, die der deutsch-russischen Annäherung erst jetzt Rest gegeben hat. ...

Die Franzosen müßten überhaupt, um ihre Lage richtig beurteilen zu können, von der Einsicht ausgehen, daß sie in dem letzten Jahrzehnt bis vor ungefähr zwei Jahren, infolge zufälliger Umstände und der Fehler ihrer Gegenpieler nach außen weit bessere Geschäfte gemacht haben, als sie es verdienen. ...

Deutscher Reichstag.

122. Sitzung, Mittwoch, 8. Februar 1911.

Die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

(Dritter Tag.)

Die Abstimmung über den Antrag Dahlem, (mündliche Verhandlung über die Geschäftsverteilung), bei der gestern die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt wurde, wurde heute wiederholt und ergibt folgende Annahme. Die Sozialdemokraten beantragen folgenden neuen Absatz in § 62:

Die Geschäftsverteilung muß so geregelt sein, daß die Zuständigkeit der Strafammern nach den Umständen zu bestimmen des Namens der Angeklagten und bei mehreren Angeklagten nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des ältesten Angeklagten bestimmt ist. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Einreichung der Anklageschrift.

Abg. Heine (Soz.): Wir wollen durch diesen Antrag verhindern, daß in Zukunft Strafammern vor bestimmte Kammern nach der Militär der Staatsanwaltschaft verwiesen werden. Ich erinnere an die in den 90er Jahren berühmte Braukewetter-Kammer, die durch ihre unglücklich scharfen Urteile gegen Sozialdemokraten sich hervorhat, bis sich dann herausstellte, daß der Vorsitzende Braukewetter seit Jahren an Wahnin litt. ...

Ein Regierungskommissar: Selbstverständlich müssen bei der Geschäftsverteilung allgemeine Grundätze maßgebend sein. Die im Antrag vorgeschlagene Reglementierung paßt aber nicht ins

Gesetz hinein. Es ist besser, in der Praxis es dem Präsidium zu überlassen, nach welchen Gesichtspunkten es vorgehen will. Der Antrag würde die größte Verwirrung anrichten. Wir bitten, ihn deshalb abzulehnen.

Abg. Oberjustizrat Supper weist den Vorwurf zurück, daß die Staatsanwaltschaft gewisse Sachen an bestimmte Strafammern zu verweisen befreit ist.

Abg. Heine (Soz.) hält seine Behauptung speziell im Moabiter Fall aufrecht. Die Staatsanwaltschaft hätte den Schein der Entscheidung vermeiden müssen. Ich bin überzeugt, daß die Staatsanwaltschaft in diesem Fall einen Willkürakt begangen hat. Der erwartete Erfolg ist allerdings ausgefallen.

Abg. Oberjustizrat Supper: Ich erkläre auf das Bestimmteste, daß irgendwelche Weisungen oder ein Willkür in die Staatsanwaltschaft im Moabiter Fall nicht ergangen sind. Lediglich die Sache, die zuerst aus der Voruntersuchung kam, war entscheidend für die Zuteilung an die Strafammer.

Abg. Dr. Heintze (Ntl.): Wegen eines vereinzelten Falles das Gesetz zu ändern, ist sehr bedenklich. Wenn wir den Antrag annehmen, dann können wir eine sachlich begründete Zuteilung an gewisse Kammern, die Spezialisierung einzelner Kammern für Lebensmittelfertigung, Verurteilungen u. dgl. nicht durchführen, was sich bis jetzt als sehr erproblich gezeigt hat. Wir sind gegen den Antrag.

Abg. Heine (Soz.): Was wir in Preußen erleben und erlebt haben, das raubt uns jedes Vertrauen zu Justiz! Fortschrittler und Zentrumseule haben unter dieser Rechtsprechung gelitten, Polen und Dänen leiden noch heute mit uns. Warum hat die Staatsanwaltschaft nicht auf die Ueberlieferung verzichtet, wenn ihr die Sache so gleichgültig war? Sie hat es nicht getan! Das ist das Eingeständnis ihrer Schuld!

Abg. Oberjustizrat Supper: Die Staatsanwaltschaft hatte von Anfang an die Absicht, die erste Sache zur Anklage zu bringen. Dem Zufall ist es anzuschreiben, daß das die Sache Hagen war. Hätte die Staatsanwaltschaft nun eine andere Kammer gewählt, was hätte man ihr da wohl für Vorwürfe gemacht! Die Staatsanwaltschaft kann es machen, wie sie will, bei gewissen Leuten wird sie immer Mißtrauen finden. (Beifall rechts.)

Der Antrag wird abgelehnt. Abg. Strohhausen (Soz.) beantragt, in § 69 festzusetzen, daß die richterlichen Geschäfte an den Bundesgerichten in Strafammern nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden dürfen.

Abg. Dr. Müller (Ntl.) empfiehlt einen weitergehenden Antrag, wonach das Amt eines Strafammernmitgliedes überhaupt nur von einem ständig angestellten Richter wahrgenommen werden darf. Die abhängigen Assessoren würden damit ausgeschlossen werden.

Staatssekretär Dr. Viseo spricht sich gegen beide Anträge aus. In Berlin sind z. B. die Geschäfte ohnehin so geregelt, daß eine Verwendung von Assessoren gar nicht nöwenig ist.

Abg. Dr. Müller (Ntl.): Dann müssen wir gerade fordern, daß im ganzen Lande so gehandelt wird.

Abg. Dose (Ntl.): Den bestehenden Unzulänglichkeiten kann nur durch die Annahme unseres Antrages ein Ende gemacht werden.

Abg. Groeber (Ntl.): Mit Rücksicht auf die Beschlüsse, die mit bezüglich der Behebung der Schöffengerichte gefaßt haben, ist die Annahme des Antrages Müller notwendig.

Abg. Vajsermann (Ntl.): Die Einwendungen des Staatssekretärs gegen den Antrag Müller sind nicht stichhaltig.

Der Antrag Müller-Meinings wird angenommen. § 73 betrifft

Die Zuständigkeit der Strafammern.

Ein sozialdemokratischer Antrag und übereinstimmend damit ein Antrag Abrah (Ntl.) will, daß an Stelle der Strafammern für die Verbrechen der Falschung einer öffentlichen Urkunde, die Verbrechen im Amte durch Falschung einer Urkunde und die Verletzung der Pflichten der Kaufleute bei Aufzeichnung fremder Wertpapiere die Schwurgerichte zuständig sein sollen.

Abg. Jitzsch (Soz.): Wir wollen nicht rüsten lassen an dem gegenwärtigen Belande der Schwurgerichte und ihnen nicht Sachen entgegenziehen, die sie viel besser als die Strafammern entscheiden können. Wir treten auch dafür ein, daß alle Preskriptionen den Schwurgerichten überwiegen werden.

Abg. Abrah (Ntl.): Die Regierungsvorlage ist widerspruchsvoll. Nach einer Verbeugung vor der Fortschrittlichkeit des Schwurgerichts spricht man ihm plötzlich ein Minderstimmensvotum aus, indem man seine Kompetenz wesentlich beschränkt. Die liberale Ergebenheit der Schwurgerichte sollten wir uns gerade in dem gegenwärtigen Moment nicht schmälern lassen. Das Vertrauen des deutschen Volkes zum Schwurgericht beruht nicht zum minderen darauf, daß den schwurgerichtlichen Verfahren eine außerordentlich sorgfältige Vorbereitung vorausgeht. Wir wollen nicht diesen ersten Schritt auf dem abjüngigen Gebiete der Einschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichte tun. (Beifall links.)

Oberlandesgerichtsrat Dr. Schulz: Wir danken für das uns entgegengebrachte Mißtrauen, denn es gibt uns Gelegenheit, auszusprechen, daß wir nicht Gegner, sondern Beschützer des Schwurgerichtes sind. Wenn wir Gegner des Schwurgerichtes wären, hätten wir es jetzt leicht gehabt, nicht mit derartigen kleinen Mitteln, sondern energisch dagegen vorzugehen. Wir werden hier nur eine unangenehme Kante ab und wollen die Schwurgerichte in der heutigen Verfassung durchaus beibehalten. Es sollen nur einige Fälle von der Zuständigkeit der Schwurgerichte abgetrennt werden, die sich nicht für das Schwurgericht eignen. (Beifall links.)

Abg. Vahrenfort (Ntl.): Den Schwurgerichten müssen die hier in Frage stehenden Delikte entgegen werden. Die darauf gestrichen Strafen sind nicht so hoch, daß der große schwurgerichtliche Apparat deshalb in Bewegung gesetzt werden müßte. Die Delikte sind auch meist über diese Delikte nicht genügend orientiert.

Abg. Heine (Soz.): Die Freundlichkeit der Verbündeten Regierungen gegenüber den Schwurgerichten ist die bei der man fast,

(Von unserem Berliner * Korrespondenten.)

Berlin, 6. Februar.

Dem Kaiser ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ein Bericht über die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen in den Jahren 1900 bis 1910 im Anschluß an den üblichen Verwaltungsbericht vom Jahre 1901 erstattet worden.

Dieser Bericht hat der Kaiser in einem Handschreiben an den Minister v. Breitenbach wie folgt beantwortet:

„Von Ihnen, Mir zum Beginn eines neuen Lebensjahres vorgelegten Berichte über die Tätigkeit der in Ihrem Ministerium vereinigten Verwaltungen während des Decenniums vom 1. April 1900 bis 31. März 1910 habe Ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. — Es erfüllt Mich mit besonderer Befriedigung, daß es gelungen ist, den Anforderungen des in außerordentlichem Maße gewachsenen Verkehrs auf den Eisenbahnen durch planmäßige Erweiterung des Schienenetzes sowie durch Vervollkommnung und bessere Verwertung der Verkehrsmittel unter Wahrung der finanziellen Bedürfnisse des Staates gerecht zu werden und gleichzeitig die Fürsorge für das Wohl der Angestellten und Arbeiter weiter auszugestalten.

Mit Genugtuung habe Ich ferner von der energischen Inangriffnahme der Durchführung der wasserwirtschaftlichen Gesetze, von der weiteren Ausgestaltung der Seeflächen und Seeschiffahrtstragen sowie von der Vervollkommnung der Gewässeranlagen und nicht minder von den Leistungen der Hochbauverwaltung während des abgelaufenen Jahrzehnts Kenntnis genommen. — Indem Ich Ihnen und den Beamten Ihres Ressorts meine Anerkennung und Meinen Dank für Ihre treue Pflichten-Erfüllung erneut ausspreche, will Ich die Veröffentlichung des Berichts gerne genehmigen.

Berlin, den 6. Februar 1911.

W i l h e l m II. An den Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach.“

Die Schiffsabgaben.

Die am Dienstag in der Schiffsabgabekommission erwählten Materialien, die in Form von Denkschriften der Kommission zur Verfügung gestellt sind, stellen sich bei kleineren Abänderungen, in denen zu einzelnen Punkten des Gesetzes Vorschläge gegeben werden. Das interessanteste Stück ist wohl das, in dem die verbindlichen Bestimmungen näher Aufklärungen über die wirtschaftlichen Wirkungen des Gesetzeswurfes geben wollen. Der Zweck wird dahin definiert:

Es kann bezüglich der Strombauverbände nur eine Darstellung derjenigen wirtschaftlichen und finanziellen Momente gegeben werden, welche für die in greifbare Nähe gerückten, seit langer Zeit erstrebten und technisch einwirkenden überlichen Verkehrspläne von Bedeutung sind. Die Föcherkeit ist bei der Berechnung der Einnahmen außer Betracht geblieben, weil von der Annahme ausgegangen wird, daß sie abgesehen bleiben soll. Danach ergibt sich für den Elberband folgendes Bild:

A. Verkehr.

Die tonnen-kilometrische Transportleistung war nach den auf Grund der alten Binnen-Schiffsstatistik angefertigten Ermittlungen folgende:

- a) für die Elbe, von der österreichischen Grenze bis zu den Eisenbahnbrücken bei Hamburg und Harburg; im Jahre 1876: 435 Mill. To.-Km., 1885: 1298 Mill. To.-Km., 1895: 1952 Mill. To.-Km. und 1905: 3584 Mill. To.-Km.;

- b) auf der Saale, von der Mündung des geplanten Kanales von Leipzig nach Crenpau bis zur Mündung der Elbe: 1875: 17 Mill. To.-Km., 1885: 15 Mill. To.-Km., 1895: 19 Mill. To.-Km. und 1905: 42 Mill. To.-Km.

An den 30 Jahren von 1875 bis 1905 ist demnach der Verkehr im ganzen Elberband auf das Achnfache oder jährlich um 7,2 Proz. gestiegen. Nimmt er weiterhin ebenso zu, so wird im Jahre 1920 ein Verkehr von 10,288 Milliarden Tonnen-Kilometern vorhanden sein. Hierunter entfallen rund 10,2 Milliarden auf den Schiffsgüterverkehr.

B. Einnahmen.

Die durchschnittlichen Einnahmen auf der Elbe im Falle der Einführung des Höchstariffs werden voraussichtlich 0,054 $\frac{1}{2}$ für das Tonnen-Kilometer betragen. Bei einer Transportleistung von 10,2 Milliarden Tonnen-Kilometern ergibt sich daher eine Einnahme von 5508 000 M. Es ist in Aussicht genommen, die Seebahn auf folgender Weise zu staffeln:

- a) von Hamburg-Harburg bis zur Havelmündung: volle Abgabe;
- b) von der Havel bis zur Saalemündung, einschließlich der Saale, 30 Proz. Ermäßigung;
- c) oberhalb der Saalemündung 45 Prozent Ermäßigung.

Nach dem Ergebnis des Jahres 1905 entfallen auf die Strecke a) 4,3 Milliarden Tonnen-Kilometer, auf die Strecke b) 2,3 Milliarden und auf die Strecke c) 3,5 Milliarden Tonnen-Kilometer.

Durch diese Abgabe werden die Einnahmen im ganzen um 1235 000 M. geschmälert, so daß die Einnahmen an Schiffsabgaben im Elberband im Jahre 1920 auf rund 4237 000 M. oder 0,042 $\frac{1}{2}$ pro Tonnen-Kilometer zu stehen kommen werden.

C. Lasten.

I. Fahrwegverbesserungen: Die in dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Strombauten verursachen folgende Aufwendungen: 1. Befriedigung der Elbe auf 1,10 Meter oberhalb und 1,25 Meter unterhalb der Saalemündung: 85 Mill. M., 2. Ausbau der Saale von Crenpau bis Halle: 3,6 Mill. M.

II. Unterhalt der vorhandenen Fahrwegverhältnisse. An Unterhaltungskosten wurden angewendet: a) von Preußen auf der Elbe 2 010 558 M., auf der Saale etwa 180 000 M.; b) von Sachsen auf der Elbe 513 044 M.; c) von Wiedenburg auf der Elbe 88 137 M. ...

daß man sich „um freies Liebes habe.“ Wenn man könnte, würde man sie gerne befreien, denn den Bureaukraten ist diese freihändige Ermächtigung ein Dorn im Auge. Die Schlichter arbeiten im allgemeinen sehr gründlich, sie urteilen meist so, wie Juristen urteilen würden, wenn sie nicht allerlei Rücksicht auf höhere Stellen nehmen würden. Im Eiferer Prozeß haben vor 15 Jahren politische Stimmungen den Ausschlag gegeben, und daran waren die Juristen Schuld.

Verlandsbesuchst Dr. Schulz: Ich erkläre ohne Vorbehalt, daß wir Freunde des Schlichtergerichts sind. Nur die Sachen sollen abgetrennt werden, die sich dafür nicht eignen, die unangenehmen Ranken.

Abg. Wellstein (Str.): Die Kommission, in der mehrere Richter sitzen, ist durchaus nicht für die Abschaffung der Schlichtergerichte eingetreten.

Abg. Bojermann (n.): Die Rechtsprechung der Schlichtergerichte ist im allgemeinen gut. Es liegt aber im Interesse der Schlichtergerichte, wenn ihnen gewisse Defizite angenommen werden, die die Geschworenen mensichlich nicht sehr interessieren.

Abg. Graef (wirtsch. Abg.): Ich bin kein Freund des Schlichtergerichts. Gott sei Dank, daß der furchtbare Beschluß in Eisen nur fünfzehn Jahre von seiner Strafkammer gefällt wurde. Da die Gerichte des Volks gefällt haben, ist über allen Wipfeln Aufg.

Abg. Berner (Str.) erklärt sich gegen jede Einschränkung der Schlichtergerichte und hofft, daß alle nicht verdorbenen Juristen auf denselben Standpunkt stehen.

Abg. Dr. Wlach (Str.): Im Eiferer Schlichtergericht vor fünfzehn Jahren hat auch das Richterkollegium gesiegt, denn wäre es einstimmig von der Anklage der Angeklagten überzeugt gewesen, so hätte es den Beschluß der Geschworenen aufheben können. Aus den Ausführungen des Regierungsvertreters geht die reaktionäre Tendenz dieser Bestimmung der Vorlage hervor.

Die Behauptung, daß die Geschworenen für die hier in Frage kommenden Defizite nicht ladverfähig sind, ist unrichtig. Der Staatsanwalt sucht allerdings bei Bildung der Geschworenenbank die Samenpartei, z. B. bei Konturschleusen, auszumengen.

Abg. Heine (Sp.): Der ganze Eiferer Prozeß vor 15 Jahren ist durch Juristen in die Irre geführt worden. Die Juristen haben damals von ihren Rechten einen verdrehten Gebrauch gemacht.

Abg. Jietich (Sp.): Das Mißtrauen, daß ein allmähliches Abbau der Schlichtergerichts Zuständigkeit beabsichtigt sei, wird von abstrakten Juristen geteilt.

Abg. Stabthagen (Sp.): Den Eiferer Intimord kann man nicht zum Schaden der Schlichtergerichte ausheilen.

Abg. Graef (wirtsch. Abg.) erklärt, auf eine Bemerkung des Vorredners, er habe nur seine eigene Meinung, nicht die seiner Parteifreunde zum Ausdruck gebracht. Die Einrichtung der Schlichtergerichte sei zu wenig deutsch, wie Herr Stabthagen. (Heiterkeit ruft.)

Abg. Müller-Herzog (Sp.): Ich bin ein warmer Anhänger der Schöffens- und Geschworengerichte und gegen die Einschränkung ihrer Zuständigkeit. Aber diese scharfe Kritik an den deutschen Richtern war verfehlt. Der ganze deutsche Richterstand hat ein Recht darauf, daß das hier ausgeprochen wird. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Binskup erklärt dem Abg. Heine wegen seines Ausdrucks verdrehten Gebrauch zu machen. (Beifall.)

Er verbleibt bei den Kommissionsbeschlüssen. Weiterberatung: Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung. Mittwoch, den 8. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs eines Zweckerbandsgesetzes für Groß-Berlin.

Minister des Innern v. Döllwig: Bei den Vorarbeiten eines Zweckerbandsgesetzes wurde aus erwogen, ob es nicht möglich wäre, in dies Gesetz Bestimmungen hineinzuarbeiten, die ausreichende Handhaben für einen Zweckerband Groß-Berlin bieten. Das hätte aber eine große Reihe Spezialbestimmungen erfordert, so daß es angezeigt erschien, den Weg der Spezialgesetzgebung zu beschreiten. Die Frage eines Zweckerbandes für Groß-Berlin hat die Staatsregierung wiederholt beschäftigt, der Magistrat hat sich aber ablehnend verhalten, weil der Plan damals der Stadt große finanzielle Lasten mit vielen verwaltungsmäßigen Bedenken brachte, denen gegenüber die damit verbundenen Interessen der Stadt nicht genügend ins Gewicht fallen konnten. Seitdem haben sich aber die meisten Vororte zu großen gutverwalteten Gemeinden entwickelt mit allen erforderlichen oder selbst nur wünschenswerten kommunalen Einrichtungen und Anlagen, so daß die Bedenken dagegen schwanden. Daher hat seit einigen Jahren der Berliner Magistrat Verhandlungen mit den Vororten eingeleitet. Das Resultat war ja angelehrt der sich entwickelnden Verhältnisse unbestreitbar, man denke z. B. an den jahrelangen Streit mit der Großen Berliner Straßenbahn. Die Einzelheiten der Vorlage können der Kommissionsberatung vorbehalten bleiben. Die Verwaltung mit dem Verbandsausfluß und einem Verbandsdirektor soll etwa gleichartig sein mit anderen kommunalen und administrativen Organen. Nur soll Berlin, wie es sich nach Lage der Dinge ergibt, nicht überstimmt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Lösung nicht leicht ist, die Interessen stehen zum Teil in scharfer Widersetzung zueinander, die einzelnen Gemeinden sollen in ihrem kommunalen Selbstbestimmungsrecht befristet werden und müssen sich damit abfinden, in gewissem Sinne auf ihren kommunalen Gewissens und Partikularismus zu verzichten. Dennoch möchte ich hoffen, daß bei ruhiger Überlegung sich auch die Gegner des Gesetzes in Freunde verwandeln und daß auf seiner Grundlage sich ein verehrliches Zusammenarbeiten entwickeln werde.

Abg. Schr. v. Brandenstein (kon.): Lieber den vorliegenden Gegenstand ist seit fast einem halben Jahrhundert ohne praktisches Ergebnis verhandelt worden. Man hat auf den guten Willen geglaubt, der hat aber augenscheinlich nicht ausgereicht. Nach der Art, wie die Verhältnisse in Berlin sich entwickelt, ist nach zehn Jahren vielleicht ein neues Gesetz nötig, das darf uns aber nicht abhalten, mitzuarbeiten. An der Kritik ist in der Bestimmung im Zweckerbande werden wir unbedingt festhalten. Schwierigkeiten werden auch dadurch entstehen, daß die Gegenstände zwischen den Gemeinden in den Kreisen untereinander größer sind als die Gegenstände zu Berlin. Im Verbandsausfluß könnte Berlin vielleicht eine stärkere Vertretung erhalten, als vorgehen. Hier soll keine Politik getrieben werden, die Wahl geistlicher Beamten, also auch der Landräte, wäre demnach wünschenswert. Viele Einzelheiten, die an sich zweckmäßig erscheinen, werden angesichts der tatsächlichen Verhältnisse Schwierigkeiten machen und müssen eingehend in der Kommission erörtert werden. Jedenfalls werden wir die Vorlage eingehend prüfen und in Einzelheiten Verbesserungen vornehmen, ohne aber das Zustandekommen des Gesetzes davon abhängig zu machen. Wir glauben damit ein Werk zu schaffen, das nicht bloß der Stadt Berlin, sondern dem ganzen Lande zugute kommt. Schluß 5 Uhr.

Abg. Ding (Str.): Das Gesetz ist zu begrüßen, hoffentlich kommt es zustande. Die Übernahme der Privatbahnen wird dem Zweckerbande die Schwierigkeiten machen, da die Verträge mit den einzelnen Gemeinden ganz verschieden lauten. Das Gewicht der Vororte wächst, da ihre Einwohnerzahl ganz anders zunimmt als die Berlins. Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und Armenpflege sollte Berlin vorbildlich sein.

Minister des Innern v. Döllwig: Es wird für die Gemeinden wichtig sein, untereinander Vereinbarungen zu treffen. Ueber die Einzelheiten wird man sich in der Kommission eingehend beraten. Für die Befreiung der Verträge werden wir uns die Unterlagen zu beschaffen suchen.

Abg. Dr. Keil (n.): Die überwiegende Mehrheit meiner politischen Freunde ist der Meinung, daß die Vorlage entschieden zweckmäßig ist. Der Antrag ist unzulässig vorhanden. Der Redner demonstriert das Gebiet des Zweckerbandes an einer Karte, auf der Berlin „natürlich ganz zufällig“ rot angelegt ist. (Heiterkeit.) Angeblich wurden hier Ob- und Flügelstreck zusammengepackt. Welche Rolle sich hierbei die Berliner in ihrer bekannten Weisheit nicht zuschreiben, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Man soll doch von den Nachbarkreisen nur das dazunehmen, was wirtschaftlich dazu gehört. Man nimmt die Kreise nur herein wegen der Berliner Vororte. Diese aber petitionieren um selbständige Teilnahme und wollen nicht die Verantwortung durch die Kreise. Man müßte auch Potsdam hineinnehmen. Von vornherein wollen wir dem Verbands nicht die Möglichkeit geben, keine Kompetenz zu erweitern. Es soll doch eine schrittweise Entwicklung angebahnt werden. In Bezug auf das Verkehrsnetz wird der Verband erst nach Erwerbung der Großen Berliner Straßen- sowie der Hoch- und Untergrundbahn Lebensfähigkeit werden. Bestimmte Bestimmungen der Vorlage sind bedenklich. Für die Zuschläge muß ein Maximum von 6 Prozent der Steuerflamme festgelegt werden. Wenn der Argwohn schwindet, daß das Gesetz nur dem Staat einen guten Käufer für seine Neuzustände schaffen soll, so wird die Regierung andere Grundfälle, als sie jetzt befindet hat, beobachten müssen, besonders dem Verbands, ihrem Adress gegenüber.

Die Organe des Verbandes werden zu sehr ab von den bisherigen kommunalpolitischen Einrichtungen und näher sich mehr denen der Alltagsgesellschaften. Jedenfalls muß Berlin ganz anders behandelt werden. Wir werden das Gesetz wohlwollend prüfen. (Beifall 5. d. Hallen.)

Abg. Caspel (Sp.): Vor allem ist zu bebauern, daß vor Unterzeichnung des Entwurfs die beteiligten Gemeinden trotz ihres Ersuchens nicht gehört wurden. In der historischen Darstellung des Ministers ist doch eine kleine Uebersetzung von Tatsachen zu konstatieren; das ist vielleicht eine Zweckmäßigkeitnahme der Regierung. Es ist nämlich allgemein die Anschauung verbreitet, daß die Stadt Berlin deshalb, weil sie jeinerzeit die Eingemeindung der Vororte ausschlug, sich diesen Eingriff in die Selbstverwaltung gefallen lassen müsse. Das ist ein Gerücht von Wahrheit und Falschung. Ich vermute, daß das Gesetz deshalb so schnell fertiggestellt wurde, weil der Fiskus ein möglichst vorteilhaftes Geschäft machen wollte. Und der Fiskus hat in manchen Ministerialakten ganz geriebene Rausche. „Fiscus non erubescit“ gilt auch heute noch. Es liegt dem Fiskus wohl daran, die in seinem Besitz befindlichen Grundstücke innerhalb des Verbandsgebietes möglichst vorteilhaft anzubringen. Auf die Verkehrsverhältnisse von Berlin ist die Verlängerung des Vertrags der Großen Straßenbahn, die durch Minister v. Thielen hinter dem Rücken der Stadt Berlin erfolgte, von nachteiligem Einfluß. Erfolgreich ist die allgemeine Zustimmung aller Parteien zu dem Entwurf. (Abg. Hoffmann: Man soll den Tag nicht dem Abend loben!) Zur Zusammenlegung der Verbandsversammlung kann man Wahlverbände bilden; die Wahl der Vertreter ist aber nicht den Kreisorten, sondern den einzelnen Gemeinden zu überlassen.

Minister v. Döllwig: Es ist nicht richtig, daß das Ministerium an der Verlesung der Eingemeindungsfrage schuld sei. Die Stadt Berlin hat damals mitgeteilt, daß zwischen Magistrat und Stadtverordneten eine Einigkeit nicht zu erzielen sei. Man müßte annehmen, daß Berlin die Verhandlungen für abgebrochen hielt. Wenn ich den Entwurf vorher mitgeteilt hätte, was ich ursprünglich beabsichtigte, so hätten wir auch die Kreisorte hören müssen. Die einzelnen Gemeinden hätten in der Zwischenzeit allerhand Sonderinteressen zu ungünstigen des zu bildenden Verbandes vorgebracht. Wenn den einzelnen Gemeinden in der Verbandsversammlung ein Kollektivvotum einwirksam wird, würde ein Kampf aller gegen alle entbrennen, gewissermaßen eine Organisation des kommunalen Partikularismus. Ganz ausgeschlossen ist es, den Oberbürgermeister von Berlin zum Verbandsdirektor zu ernennen. Die Stelle erfordert eine ganze Kreisstadt, die trotz der eminenten Kreisfreiheit des Oberbürgermeisters von diesem bei seiner sonstigen Unterstellung nicht gelöst werden kann.

Eisenbahnminister v. Thielen: Der Fiskus will nur immer das Gute, auch wenn er es nicht immer erreicht. (Heiterkeit. Zurufe links: Ja, na!) Ich habe stets den Einbruch gehabt, daß die Große Berliner Straßenbahn nicht nur gut geleitet war, sondern auch für den Berliner Verkehr Gutes geleistet hat. Erfolgreich ist der zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn angebaute Generalvertrag. Die Stadt Berlin ist in der Vergangenheit die große Nährmutter des Kranzes von Vororten gewesen, wird es auch in der Zukunft sein und verdient darum besondere Berücksichtigung. (Zustimmung.) Zu der unerfreulichen Kritik des Abg. Caspel an der Regierung bemerke ich noch, daß Minister v. Thielen nicht verpöndigt war, die Stadt Berlin über die Konzeptionsverlängerung der Straßenbahn zu hören. (Lebh. Widerspruch links.) Berlin steht vor allem die Entwicklung des Schnellbahnsystems. Ich meine, wir wünschen alle ein einheitliches großes Verkehrsnetz. (Beifall.)

Abg. Schr. v. Jeditz (fr.): Wenn sich Berlin den Bürgerweihen nach der Lichtigkeit, statt nach der politischen Richtung gewährt hätte, dann würde es besser um Berlin stehen. (Sehr richtig!) Erwägungswürdig wäre ein Zweckerband für die Volksschulunterhaltung für Groß-Berlin. Ich wette allerdings eine Falsche Welt, daß Herr Caspel dagegen ist. (Abg. Caspel: Sie sind mir überhaupt noch eine Falsche staubig!) — Heiterkeit.) Bei der nächsten Gelegenheit, wir hatten bisher noch keine Gelegenheit. (Gemeinte Heiterkeit.) Die Sonderstellung des Verbandsdirektors kann vorbildlich werden für die spätere Provinz Berlin. (Beifall.)

Abg. v. Trechow (kon.) beantragt Vermehrung der Vorlage an die Kommission, der auch der allgemeine ZweckerbandsGesetzentwurf hienächst ist.

Abg. Hirsch (Sp.): Die Vorlage entspricht unseren Intentionen. Das Prinzip heissen wir gut; gegen Einzelheiten haben wir aber schwere Bedenken. In der Zweckerband sollten einbezogen werden die Schulstätten, die soziale Fürsorge, Arbeitsamtswes, Arbeitslosenversicherung, Wohnungsverhältnisse, Krankenpflege usw. Die Sozialdemokraten sind die einzigen, die in den Vertretungskörpern positive Arbeit leisten. (Abg. Caspel: Oh nein!) Weiterberatung Freitag 11 Uhr. Nachher: Kleine Vorlagen. Schluß 5 Uhr.

auf der Elbe 178 124 M., auf der Saale 43 000 M.,
*) von Hamburg 428 000 M., zusammen 3 441 263 M.
Zahl man die vorstehenden Gracien zusammen, so zeigt
sich folgendes Bild: Für die drei Strombauwerke ist 1920
ein Betrag von 28,3 Milliarden Tönnen-Kilometern mit
einem Abgabenertrag von 10 528 000 M. zu erwarten, mit
dem Gegenwert vorgesehene Strombauten erfordern
einen Kostenaufwand von rund 184,8 Mill. M., so daß für
Verzinsung und Tilgung jährlich 8 316 000 M. erforderlich
sind. Die Gesamtunterhaltungskosten der bestehenden Strom-
bauwerke einschließlich der Ausbauten für Landestulnwerke
betragen 8 438 615 M. („Magdebg. Ztg.“)

Keine Romfahrt des deutschen Kaisers.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziell:
In der Presse werden Gerüchte über einen bevorstehenden
Besuch des Kaisers und Königs beim P. Papst verbreitet.
Wir möchten dem gegenüber bemerken, daß wie in früheren
Jahren, ein Aufenthalt auf der Insel Korsika geplant ist.
Die an diese Reise geknüpften weiteren Kombinationen sind
nicht zutreffend.

Die preussischen Landwirtschaftsammlern.

Am Dienstag wurde die Reihe der alljährlich im
Februar in Berlin stattfindenden Versammlungen der
landwirtschaftlichen Körperschaften durch die 28. Konferenz
der Vorstände der preussischen Landwirtschaftsammlern ein-
geleitet. Anwesend waren der Landwirtschafts-
minister und mehrere Räte des Landwirtschafts-
und Finanzministeriums, außerdem insgesamt 52 Vertreter der
preussischen Landwirtschaftsammlern, sowie die Vertreter
einiger weiterer Korporationen. Den Vorsitz führt Graf
v. Schwerin-Löwisch. Die Verhandlungen sind ver-
traulich und werden fortgeführt.

Zur Reform des braunschweigischen Landtags- wahlrechts.

Die braunschweigische Landesversammlung nahm
am Mittwoch mit 36 gegen 8 (agrarische) Stimmen einen
Schlußantrag der Kommission an, die Landesregierung zu
eruchen, unter Zugrundelegung der direkten und ge-
heimen Wahl nach dem Dreiklassenwahlrecht eine Ge-
setzesvorlage über Abänderung des Wahlrechts dem Land-
tag so bald als möglich vorzulegen. Die im Laufe der
Ausprache gestellten Abänderungsvorschläge und Anträge
sind der Regierung als Material zu überreichen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Die „Katholische Kirchenzeitung“ hat gemeldet, daß
die Professoren der katholischen Theologischen Fakultät in Bielefeld,
Fagmüller und Baur freiwillig den Modertumskrieg gelehrt
hätten. Dagegen erklären die drei Professoren, daß diese Nachricht
falsch und vollständig aus der Luft gegriffen sei. Tatsache ist nach
dem „Schwabischen Merkur“, daß andere Professoren der katholisch-
theologischen Fakultät dem Bisthof offen erklärt haben, daß sie den
Eid nicht leisten würden, auch wenn er noch immer verlangt würde.
— Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Straßburg i. E. gemeldet
wird, haben trotz der gegenseitigen Zusicherung der katholisch-
theologischen Fakultät drei Professoren den Modertumskrieg
gelehrt. — Wie die „Deutsche Industrie-Zeitung“ hört, soll
im Reichstag bei der bevorstehenden Etatsberatung auch die Be-
willigung von Mitteln beantragt werden, die zur Unterstützung,
Hebung und Förderung der gesamten heimischen Textilindus-
trie und des Handels verwendet werden sollen. Geplant ist
u. a. eine Zentral-Beratungs-, Prüfungs- und Prüfungsstelle,
die Industrie und Handel der Textilbranche fördern und ihre Lage auf
dem Weltmarkt heben soll. — Wie die im Reichsjustizamt
loebens herausgegebene Statistik besagt, hat der Personen-
verkehr auf den in Betrieb befindlichen Eisenbahnen
Deutschlands in dem Zeitraum von 1899 bis 1909 einen weiteren
Zunahme genommen. Im Jahre 1909 wurde eine Einnahme von
82,49 gegen 83,72 Millionen Mark im Jahre 1899, mithin ein
Wachstum von 34,9 v. H. erzielt. Jedes Kilometer brachte eine Ein-
nahme von 14 613 Mark gegen 11 139 Mark im Jahre 1899, mithin ein
Wachstum von 24,74 Mark, oder 31,2 v. H. Dagegen ist die Einnahme
auf je 1000 Quadratkilometer der Personen-
und Gepäckwagen von 106 Mark auf 91 Mark zurückgegangen.
An der Gesamteinnahme war die Einnahme aus dem Personen-
verkehr und Gepäckverkehr mit 29,02 v. H. gegen 27,39 v. H. im Jahre
1899 beteiligt.

Dem vom 31. Januar bis Ende April 1911 gültigen Aus-
nahmetarif für Saactarstrecken, die als Frachttarif
(Städt. oder Wagenladung) von Stationen der preussisch-hessischen
und oberrheinischen Staatsbahnen und der Mittelbahn nach
baldigen Stationen aufgegeben werden, sind mit ihren Durch-
gangsstationen außer den bayerischen auch die württembergischen
Staatsbahnen beigetreten.

Tafel- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser empfing am Mittwoch vormittag den Geheimen
Kommerzienrat Georg W. Buxtehude. — Um 12 1/2 Uhr empfing
der Kaiser eine Deputation des russischen Greno-
Sufarenregiments. Die Herren waren auch zur Früh-
stückstafel eingeladen. Bei dieser sah der Kaiser gegenüber der
Kaiserin. Rechts vom Kaiser saßen zunächst russischer Reichshof-
marschall v. d. Osten-Sacken, Prinzessin Heinrich, russischer
General v. Tschichow, links russischer Oberst von Wetter-Rosenthal,
Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff, Generaloberst von Pleßien,
Rechts von der Kaiserin saßen Prinz Heinrich, Prinzessin
Friedrich Karl von Hessen, Prinz Joachim, Staats-
sekretär v. Akerlind-Waechter, General v. Lauenstein, Kapitän zur
See v. Hingst, links russischer General v. Kaufmann, Prinzessin
Victoria Luise, russischer General v. Michelson, Chef des
Militärkabinetts General der Infanterie Graf v. Lynden usw.

Ausland.

Frankreich-türkische Verhandlungen.

S Aus Paris wird gemeldet:
Der „Revue Parisien“ bringt folgende Mitteilung über
die französisch-türkischen Verhandlungen in Bezug auf die
attakischen Eisenbahnen: Wir glauben zu wissen, daß die
Entscheidungen der Asiatik in Paris den besten Eindruck
gemacht haben. Frankreich, England und Ruß-
land sind in fortwährendem Einigungsstadium und
sich über ihre Tätigkeit im Orient zu verständigen.
Das Petersburger Kabinett bleibt, während es mit Deutsch-
land weiter über Persien und die Bagdadbahn verhandelt,

in beständigem Kontakt mit dem Quai d'Oran. Die Unter-
haltungen, die Herr Louis mit Pichon haben wird, sollen
für einige Punkte die Lösungen vorbereiten, die ins
Auge gefaßt worden. Wir können schon jetzt sagen, daß
Frankreich und die Türkei freundschaftliche
Verhandlungen begonnen haben, die sich auf das
Problem der kleinasiatischen Eisenbahnen beziehen. Die
Porte hat Mitteilung über die französischen Desiderata in
wirtschaftlicher Beziehung erhalten.“

Bauernrevolte.

4 Aus Sofia wird gemeldet:
Dienstag trafen hier 500 Bauern aus dem südbulgarischen
Dorfe Bragan mit dem Geiseln und den Dorfnotebelen an
der Spitze ein, um gegen die (allerdings geistliche) Beislag-
nahme eines Teiles ihrer Gemeindefürsten vorzuziehen zu
werden. Sie wollen lärmende Kundgebungen veranstalten. Man
ist gespannt auf das Verhalten der Regierung gegenüber dieser
Revolte, zumal da in weiten Kreisen im ganzen Lande Dorf-
gemeindefürsten stattfinden.

Die Revolution in Mexiko.

Aus El Paso wird gemeldet:
Die Aufständischen haben seit dem Gefecht vom Sonntag,
in dem sie den Obersten der Bundesarmee Nahuaga zum Rück-
zug nötigten, die Stadt Cuarez vollkommen umzingelt. Dien-
stag erfolgte aus dem Bereich der Aussicht einer starken Ab-
teilung Aufständischer in westlicher Richtung. Die Söhne hinter
ließen die Aufständischen das Feuer auf die Vorposten der
Bundesstruppen, die sich insolgebehen nach Cuarez zurückzogen.

Kasse und Umgebung.

Salle a. S. 9. Februar.

Liberaler Reichstagskandidat.

Der Verein der Liberalen hat in den letzten Monaten
umfangreiche Verhandlungen gepflogen, um für die kom-
mende Reichstagswahl einen geeigneten Kandidaten präsen-
tieren zu können. Es wurde dabei als erstes Erfordernis
betont, daß man möglichst einen Fallischen, unter uns an-
fässigen Bürger bringen müsse. Die Verhandlungen haben
schließlich dahin geführt, Herrn Stadtverordneten Kandidator
Paulstsch das Mandat anzutragen. Einweisen schweben
noch über diese Kandidatur Verhandlungen mit den
Nationalliberalen; denn man hat natürlich auf freisinniger
Seite das dringende Bedürfnis, mit den Nationalliberalen
Schulter an Schulter in den Wahlkampf einzutreten.

Die Sache war eigentlich noch nicht spruchreif, um in
die Öffentlichkeit gebracht zu werden; da das aber von
anderer Seite geschehen ist, halten auch wir uns für ver-
pflichtet, schon jetzt unsere Leser über den Gang der Ver-
handlungen zu unterrichten.

Geheirat Bethkes Bestattung.

Das geätzte Grabmäler des Herrn Geh. Kommerzienrats Lub-
wig Bethke, Ehrenbürger unserer Stadt, gestattete sich zu einer
Kundgebung der Liebe und Verehrung für den Abgeschiedenen.
Die Kaufmanns- und der Trauerfeier stattfand, was nicht ge-
genüber dem Leihtragenden. Der Sarg stand vor dem Altar auf-
gebahrt, inmitten vieler wertvoller Kranzspenden.

Eingeleitet wurde die Feier durch den gemeinsamen Gesang
des Liedes „Jerusalem, du hochgebauete Stadt“. Herr Superintendent
D. Wächler hielt die Trauerrede, in der er die mannigfachen
Verdienste des Heimgangenen würdigte. Gerecht, selbstlos,
wohlthuend — so lebte er, gedient von jedermann, hochgeschätzt im
Geschäftsleben und verehrt von den Angestellten des Bankhauses
S. J. Lehmann und seiner sonstigen Untergebenen. Vor einem
halben Jahre schied seine treue Lebensgefährtin von ihm, mit der
er eine 43jährige glückliche Ehe durchlebte; diesen schweren Schlag
hat er nicht überwinden können. Was er der Stadt, dem Gemeinwohl
gewesen, wird unvergessen bleiben; man wird seiner
niets in Ehren gedenken.

Mit dem Gesang des Liedes „Wenn ich einmal soll scheiden“
endete die Feier.

Der stattliche Leichenzug setzte sich sodann nach dem Nordfried-
hof in Bewegung. Im Trauerzuge sah man Herrn Oberbürger-
meister Dr. Kise, Herrn stellvert. Stadtratsvorsitzenden Julius
Zähring, Stadtrat Werber als Vertreter der Handelskammer,
Herrn Generaldirektor Zell als Vertreter der konfessionellen Halle-
schen Pflanzerschaft, ferner Mitglieder beider städtischen Behörden,
der Nationalliberalen Partei, zahlreiche Korporationen und Bürger
aller Stände. Prachtvolle Kränze waren u. a. gestiftet von
der Stadt Halle, der Robert Franz-Singakademie, der Stadtschützen-
gesellschaft, dem Verein für Volkswohl, dem Verein für Gewährung
von Freibetten, dem Verein für Kinderhorte, dem Heilverein, dem Haus-
und Grundbesitzverein, dem Bürgerverein, der Grube
„Jerdinand“, der Jüdisch-Christ Bruderverein, der konfessionellen Halle-
schen Pflanzerschaft und den Angestellten des Bankhauses S. J.
Lehmann. Im ganzen mögen es 400 Kranzspenden gewesen sein.
Im Eingang des Friedhofes empfing den Leichenzug der Stadt-
jugendchor, ferner die Weiten bis zur Erbbegräbnisstätte singend.
Die Grabesitige hielt Herr Pastor Grömmel von der Gemeinde
St. Marien, der der Verlebten lange Jahre als beratendes Mit-
glied angehört hat.

Halle im Eisenbahnbauet.

Im Vorbericht der Eisenbahnverwaltung für 1910, der
dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, wird über Eisenbahn-
bauten in Halle noch folgendes ausgeführt:

Die Arbeiten für die Erweiterung der Haupt-
werkstätte Halle, für die bisher 1 200 000 M. bewilligt
worden sind, sind soweit gefördert worden, daß die neuen An-
lagen voraussichtlich am 1. Oktober 1911 in Betrieb genommen
werden können.

Im Etat für 1910 waren 200 000 M. bewilligt worden
zur Herstellung einer elektrischen Beleuchtungs- und
Kraftübertragungsanlage auf dem Bahnhofs-
Halle. Dieses elektrische Kraftwerk war die Haupt-

werkstätte in Halle geplant. Inzwischen hat sich ergeben, daß
es zweckmäßiger ist, bis zur Fertigstellung des für die elek-
trische Zugförderung auf der Strecke Magdeburg-Dessau-
Leipzig-Halle bei Bitterfeld zu errichtenden Kraftwerks den
Strombedarf für Bahnhof und Hauptwerkstätte Halle zusammen
aus dem jährlichen Werke zu decken. Die Einrichtungen sind
zu 220 000 M. veranschlagt und sollen unter Vorfall des be-
sonderen Kraftwerks zu gestatten werden, daß sie später ohne
wesentliche Kosten an das städtische Werk bei Bitterfeld an-
geschlossen werden können.

Der neue Geschäftsdirektor.

Für den verstorbenen Landratsamtmann v. Brancott ist
Graf v. Einhard von Lehnardt, bisher Rittmeister im
1. Garde-Mann-Regiment, mit der Führung der Geschäfte des
Landesgeschäfts Kreus bei Halle a. S. beauftragt worden.

Graf Lehnardt ist ein Sohn des Oberlandratsamtmanns Graf
von Lehnardt, der sich um die Nieder- und insbesondere um die
Vollblutjagd in Deutschland Verdienste erworben hat.

Ein neues Eiserbahnprojekt.

Wie verlautet, sind Verhandlungen und Beratungen über
eine Verlängerung der Außenbahnlinie Leipzig-Südost bis
Amendorf bei Halle im Gange. Es werden nach vorläufiger
Feststellung von der verlängerten Linie folgende Orte berührt:
Großfugle, Lohsa, Döllnitz, Mendorf und
Radewell. Von der Endstation Amendorf aus soll die
Linie Ansbach an die Straßenbahn Halle-Merseburg er-
halten.

Die in Betracht kommenden Gemeindeverwaltungen sind
bereits erucht worden, zu erklären, in welcher Höhe sie Bei-
träge zu den Kosten der Linie leisten wollen. Die Strecke
dieser sogenannten Eiserbahn ist bereits von höheren Re-
gierungsbeamten besichtigt worden. Die Stromerführung würde
vom Kraftwerk der Leipziger Ueberlandzentrale Kulkwitz be-
wahrt werden.

Herzliche Wünsche. Man schreibt uns: Die Zeit in China
verkauft sich von neuem die ganze Hilfslosigkeit Chinas gegen-
über derartigen Mästen. Hilfe kann nur werden, wenn mit dem
ärztlichen Beistand die Ueberwindung des Ueberlebens durch
wache und lebendige Religion Hand in Hand geht. Das ist das
Ziel der ärztlichen Mission, die eben jetzt mit ihrer Hauptaufgabe
sich an die weiteren Kreise der Bevölkerung wendet.

Das 26. Provinziallandtag der Provinz Sachsen und der
Herzogtümer Anhalt und Braunschweig soll in Seimstedt vom
14. bis 18. Mai d. J. abgehalten werden.

Männerverammlung. Stoff und Geist, lautet das Thema, das
in der Männerverammlung Sonntag, den 12. Februar, abends
8 Uhr, Albrechtsstraße 27, abgehalten werden soll. Herr Professor
Dr. S. O. Heffler wird die Vorgesprache über die großen Fragen
der Weltkenntnis: Was ist Stoff? Was ist Kraft? Was ist
Leben? Welches ist die höchste Leistung des Geistes? usw. einleiten.

Briefe von spanischen Schiffswindern sind wieder in den
letzten Tagen in unsere Gegend gelangt. Hoffentlich fällt niemand
auf den faulen Zauber rein.

Nach nicht wieder eingelaufen. Der Schneidergilde Wilhelm
Hörning, ein vielfach vorbestrafter Verbrecher, der am 30. v. M.
mittags, aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis entlassen ist, be-
findet sich noch in Freiheit. Man hat seiner noch nicht habhaft
werden können.

Unfall. Gestern mittag verunglückte ein Schmiech in einer
hiesigen Dampfseilfabrik in der Königsstraße beim Transportieren
einer Welle, die ihn den rechten Arm zerstückt und am Kopf ver-
letzte. Man brachte ihn in die Klinik.

Wunder Feuerwerk. Die Feuerwerk wurde gestern abend in
der 8. Stunde nach der Leipzigerstraße alarmiert, von wo Groß-
feuer gemeldet war. Es war aber überhaupt kein Brand vorhan-
den. Funken, die aus einem Schornstein flogen, hatten Passanten
zu der Meinung veranlaßt, es liege Feuergefahr vor.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Der 1. kommunale Bezirksverein veranstaltet am Dien-
stag, den 14. Februar, in den Sälen der Neumarkt-Schützen-
gesellschaft ein Winterfest, für das ein recht abwechslungs-
reiches Programm vorgesehen ist. Unter den Kongressmitgliedern
ist auch ein scheidiger Kandidat des unlängst verstorbenen
ersten Vorsitzenden, Stadtverordneten Richard Pfaffmann; wo
Jäger sich zusammenfinden. Ansprache, Rezitationen und
Liebesvorträge, für die sich bewährte Kräfte bereit gefun-
den haben, werden allerlei Unterhaltung bieten.

Die Pfeisler-(Zwangs)-Zinnung hielt am 31. Januar ihre
1. ordentliche Generalversammlung ab im Hotel zum „gold. Ring“,
Aufgenommen wurden 2 neue Mitglieder und 3 Lehrlinge ein-
geschrieben. Die Zinnung ernannte Herrn Stadtverordneten Richard
Daniel in Abtrotz seiner 53-jähr. Tätigkeit als Vorstands-
mitglied der Zinnung und sein erfolgreiches Wirken während dieser
langen Zeit zum Ehrenmitglied. In ganz besonderer Würdigung
seiner Verdienste hat man ihm die Ehrenvorsitzamtsmitgliedschaft zu-
erkannt und auf Lebenszeit als Vorstandsmitglied gewählt. Die
auscheidenden Vorstandsmitglieder, der stellvertretende Ober-
meister Herr Aug. Mangold und Herr Paul Hehler, wurden wieder-
gewählt, bescheiden der Sprechmeister Herr Franz Kaiser, als
Stellvertreter desselben Herr Carl Haras. Alle auscheidenden
Mitglieder der Kommissionen und Ausschüsse wählte man wieder.
Schließlich wurden noch verschiedene Wünsche bezüglich der Weiter-
führung nach dem Schlachthof zum Ausdruck gebracht.

Der Eisenbahnerverein in Halle a. S. veranstaltet am Freitag,
den 10. Februar d. J. abends 8 1/2 Uhr in den Kaiserhallen für
seine Mitglieder und deren Angehörige einen interessanten Licht-
bildervortrag über technische Studien in den Ver-
einigten Staaten von Nordamerika und Reise-
eindrücke eines dort tätigen Ingenieurs von dem
Dipl.-Ing. und Kgl. Regierungsaufseher Ernst Theune aus Berlin.
Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zum Preise
von 10 Pf. für das Stück von den Vertrauensmännern zu ent-
nehmen.

Die Versammlung ehemaliger Doanngigerinnen findet am Sonn-
abend, den 11. Februar, nachm. 4 Uhr, im Es. Vereinshaus (Hotel
Kronprinz) statt.

Unterhaltungsblatt.

Freiheit. Roman von Walter Schmidt-Schäfer. (Fortf.)
Das gemonnene Pferd. Nummern von Teiff. — Bunte
Zeitung. — Der Bildersitz.

Gerichtsverhandlungen.

Zum Tode verurteilt.

Aus Neu-Ruppin wird gemeldet:
Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das hiesige Schoungericht den 25jährigen Dienstknecht Hermann Franz aus Teterow wegen Mordes in zwei Fällen zweimal zum Tode und wegen räuberischer Erpressung und Raubtucht zu 15 Jahren Zuchthaus. Franz hatte am Abend des 28. September das Kleinsche Ehepaar in Schönhagen bei Brihwalk ermordet, die im Hause anwesenden Töchter in den Betten gefesselt, um Geld zu erpressen.

Kunst und Wissenschaft.

Gustav Freeding †. In Stockholm ist in der Nacht auf Mittwoch der Dichter Gustav Freeding gestorben.
Jedinger Pieter Dupont †. In Amsterdam starb der Gelehrte und Zeichner Pieter Dupont, Professor an der Akademie für bildende Künste, im Alter von 30 Jahren.
Das geistliche Alter. In Frankreich. Marcell Brinot wird das Buch „Das geistliche Alter“ von der Dänin Karin Michalcis ins Französische übertragen.

Provinzial-Nachrichten.

Das unsolide Jena.

Jena, 8. Febr. In Jena müßten gegenwärtig nette Zustände eingerissen sein. Folgende Zufuhr ist hiesigen Golvirtens leitens der Gemeindevorwaltung zugegangen:
Es ist lebhaft Klage geführt worden über den Anzug und große Trunkenheit, der man in den Morgenstunden seit in Jena begegnet, sowie über die mancherlei höchst unlesbaren Beschriftungen. Es läßt sich die Vermutung nicht unterdrücken, daß hier teilweise eine große Menge von Bäckern eingewandert ist. Bekannten kann sich jedoch jeder einmal (das ist nun amtlicher Stelle ein sehr beachtenswertes Jugendbildnis. Die Red.), aber alles hat seine Grenzen; und wenn die Grenzen überschritten werden und die Deffinitivität in so erheblichem Maße befüllt wird, wie es jetzt oft geschieht, so muß die Polizei einschreiten. Die Lokale, welche als Quelle dieser Befüllungen in Betracht kommen, sind ganz besonders zu nennen (folgende die Namen der Lokalitäten). Die Polizeiverwaltung nimmt Veranlassung, den Betroffenen aus Herz zu legen, Wandel zu schaffen, sonst muß die Polizei annehmen, daß in dem Lokale der Bäckerei Vorkehrung getroffen wird und wird demgemäß die Konsequenzen ziehen.
Die beteiligten Golvirtens leitens der Meinung, daß die Lokale diese schädliche Note des Polizeiführers nicht verdienen und wollen sich behufs Rehabilitierung an die zuständige Instanz wenden.

Kindesmord aus Magier.

Chemnitz, 8. Febr. Hier ist die Staatsanwaltschaft einem kurzlichen Verbrechen auf die Spur gekommen, dessen Vorgeschichte noch der Klärung bedarf. Das Opfer ist ein dreizehnjähriges Mädchen.
Vor drei Wochen starb in Chemnitz eine dreizehnjährige Schülerin der höheren Mädchenschule. Als Todesursache wurde damals ein Sturz von der Schulbank angenommen. Jetzt ordnete die Staatsanwaltschaft plötzlich die Ausgrabung der Leiche an und man fand bei der Obduktion, daß das Kind mit Bitterkeelsalz vergiftet worden war. Die weiteren Erörterungen führten zur Verhaftung der Kaufmannsweibin W., der Mutter des Mädchens. Das Kind war mit 20 000 Mark in einer Lebensversicherung versichert worden, und die Behörde glaubt, daß die eigene Mutter aus Geldgier ihre Tochter vergiftete. Die Frau hat bisher noch kein Geständnis abgelegt, doch sollen die Schuldverhältnisse erdrückend sein. Die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die schließlich zu den geschilderten Maßnahmen führte, soll von Hausbewohnern erstattet worden sein, denen die Gasse, mit der Frau W. das Geld zu erlangen suchte, und verschiedene Äußerungen verdächtig vorfielen. Ein Arzt war bei der Entdeckung des Kindes infolge des tatsächlich erfolgten Unfalles in der Schule nicht zugegen worden. Der die Leichenschaube ausübende Arzt nahm keine eingehende Untersuchung vor, da er den Angaben der Rindesmutter vollen Glauben schenkte. Die Untersuchung wird noch fortgesetzt.

Eisleben, 8. Febr. (Gesamtaussicht.) Eine hiesige Kohlenfirma versendet Rechnungen im Trauerfieber. Dieser Anzug hat im benachbarten Keilsfeld eine Frau in die größte Aufregung versetzt. Die mit einer solchen schwarzrändernden Rechnung beglückte Frau war zu Tode erschrocken, weil sie annahm, ihre in Eisleben krank darniederliegende Mutter sei gestorben.

Großhörn, 7. Febr. (Gesellschaftliche Schienenverbindungen.) Seit einigen Jahren sind bei der elektrischen Kleinbahn wiederholt sogenannte Schienenverbindungen (Kupferdrähte) gebrochen worden, ohne daß man der Diebe bisher habhaft werden konnte. So wurde auch in letzter Zeit wieder eine größere Anzahl solcher Verbindungen zwischen Großhörn und Gottesbühlung gebrochen. Durch die fortgesetzten Redereien des Gendarmereiamtswärters Biemann wurde endlich der Dieb in der Person eines Arbeiter's T. in Großhörn ermittelt. Auch die Schienenverbindungen wurden sämtlich bei einem Mitwärtersbühler aufgehoben und beschlagnahmt.

Eisenau, 7. Febr. (Zum Arbeiterausstand.) Geiern Sonntag trafen etwa 250 Arbeiter von Samburg hier ein, um die im Auslande befindlichen Arbeiter zu erledigen. Sie wurden unter der Begleitung von Polizeibeamten nach der Deutschen Zellulosefabrik geführt, wo sie im Fabrikgrundstück Unterkunft und Verpflegung erhielten.

Zimenau i. Th., 8. Febr. (Wetter- und Sportbericht.) Schneehöhe: 20 cm (Zimenau-Gabelbach Neudüne). Temperatur: 4 Grad N. Eisenbahn: gut. Rodel- und Bobleighbahn: sehr gut. Schifffahrt: gut. Eisenbahn: 12 000 km (elektr. Bahn): gut. Wetteraussehen: andauernd Schneefall. Sonntag beginnt das Winterpostfest.

Chemnitz, 8. Febr. (Im Wazzezimmer der hiesigen Wazzeverwaltung.) Wurde heute ein etwa vier Wochen altes Kind aufgefunden. Die Mutter ist noch nicht ermittelt.

Leipzig, 8. Febr. (Geheimer Sanitätsrat Dr. Laube) feierte gestern seinen 60. Geburtstag. Mehr denn zwanzig Jahre sind es her, daß Dr. Laube mütterlichste soziale Einrichtungen ins Leben rief. Inzukunft mit dem verstorbenen Stadtrat Hentschel wurde Dr. Laube der Begründer des Zieh- linderheims, des „Laubehausens“, das jene Kinder zu schönen Juch, die den Händen von Pflegeeltern anvertraut sind. Heute stehen 34 Damen im Dienste dieser Einrichtung. Gegen 10 000 Ziehlinge werden in Leipzig beschäftigt. Auch der Gedanke des Mutterheims fand in Dr. Laube einen tatkräftigen Vertreter. So gründete er im Jahre 1889 das Kinderheim in L.-Connewitz, in dem uneheliche Mütter Hilfe und Pflege finden.

Vermischtes.

Der angebliche Mörder des Rittmeisters v. Krojfig.

Aus Gumbinnen wird dem „L.-A.“ gemeldet:
Wie aus Hannover hierher gemeldet wird, wird der unter dem Verdacht der Mitterfälschung an der Ermordung des Rittmeisters v. Krojfig im bostigen Garnisongefängnis untergeordnete Arbeiter H. in den nächsten Tagen nach Gumbinnen überführt werden.
Wie es heißt, soll das Ergebnis der angestellten Ermittlungen den Verdacht gegen ihn sehr verflärt haben. Zu den Belastungsmomenten gegen ihn sind als neuestes Material die Angaben der taubstummen Eheleute Schlopies gekommen, die sich jetzt auf weitere genauere Einzelheiten der Vorgänge einstellen. Der in den Abendstunden des Nordtages in ihre Behausung eingedrungene Soldat soll ein Drogen er gewesen und durch das Fenster in die Wohnung gekommen sein. Er hätte sich durch feinerlei Gebärden verschaffen lassen und habe den Eindrud erzwungen, als ob er etwas auf dem Gewissen habe. In Gumbinnen militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Fälscher von Hannover zunächst in das Garnisongefängnis in Jüterbog und von da später zur Konfrontation mit dem Schlopiesischen Eheleuten nach Gumbinnen übergeführt werde.

An die Kette gelegt.

Wir berichten gestern über das Schicksal eines Postenschoners. Es hat sich nun herausgestellt, um welchen Postenschoners es sich handelt. Darüber telegraphiert man uns aus Gesteinsmünde: Es ist gelungen, den Dampfer zu ermitteln, welcher den aldenburgischen Postschonern „Erzogherzog Nicolaus“ zum Sinken gebracht hat. Es ist der von Hamburg nach Emden bestimmte gemene griechische Dampfer „Celeni“. Der Dampfer ist bald nach seiner Ankunft in Emden an die Kette gelegt worden. Die Versicherungsgesellschaft stellt an ihn Schadenersatzansprüche in Höhe von 90 000 Mk.

Feuersbrunst auf Sornholm.

Aus Rönne auf Bornholm wird gemeldet: Ein verheerendes Schadenfeuer wütete in dem auch vielen bedeutenden Touristen bekannten Fischerstädtchen Gudhjem und droht die ganze Stadt in Asche zu legen. Es sind 9 Häuser total niedergebrannt. Der starke Oststurm macht jede Bemühung, das Feuer einzudämmen, zunichte, obgleich die ganze Bevölkerung der Stadt auf den Beinen ist und bei den Löscharbeiten hilft. Von mehreren Nachbarnorten ist, da man bisher den Brand nicht unterdrücken konnte, telegraphische Hilfe erbeten worden, doch befürchtet man, daß diese erst lo spät eintrifft, daß sie die völlige Zerstörung der Stadt nicht mehr hindern kann. Der Brand ist weithin sichtbar und hat, wie deutlich zu erkennen ist, an der nahen schwedischen Küste eine ungeheure Menschenmenge angelockt. Es herrscht bittere Kälte.

„Peter, der Maler.“

Aus London wird gemeldet:
Kurz nach Mitternacht wurde Mittwoch in der Sussex Street eine Frau verhaftet, die im Verdacht steht, den Mörder von Houndsditch bei der Flucht geholfen zu haben. Die Frau wurde auf offener Straße festgenommen und leistete feinerlei Widerstand. Ein Verhör hatte zur Folge, daß die Polizei noch in der ersten Morgenstunde das Viertel von Bishop Street umgingelte, ha verurteilte, daß Peter der Maler in einem Hause von Lomer Street wohnen sollte. Unter Leitung der Polizeikommissare Stark und Ottaway wurden eine Anzahl Polizeibeamten nach Peter und Lomer Street nach Peter dem Maler durchsucht. Um 4 Uhr wurde ein Mann verhaftet, der im Verdacht steht, einer der Mörder von Houndsditch zu sein. Es steht jedoch fest, daß er nicht der vielgesuchte Peter ist, sondern wahrscheinlich einer seiner Komplizen. Dann wurde, wie der „L.-A.“ meldet, die „Belagerung“ aufgehoben und die Polizisten zurückgezogen.

Die Pest in Oskafen.

Dr. Dogen Paris hat der russischen Regierung ein Serum angeboten, um damit Experimente in der Mandchurien zur Bekämpfung der Pest zu machen. Professor Dr. Sabotzin, der von Paris nach Peking abreist, hat einen Internen über die Seuche folgende Mitteilungen gemacht:
„Wir wissen noch nicht, ob die Pest durch die Bakterien der Ratten oder anderer Tiere zurückzuführen ist. Wir wissen auch noch nicht genau, inwiefern der Krankheitsreger von dem der Wulstpeste verschieden ist. Was festgestellt ist, beschränkt sich vorläufig darauf: Die Anheftung erfolgt direkt unter den Eingeborenen, die wegen der großen Kälte in den engen chinesischen Wohnräumen zusammengekrängt sind. Die Kälte verhindert die Desinfektion durch flüssige Mittel; wir sind also gezwungen, die Gebäude, die als Infektionsherde zu betrachten sind, niederzubrennen. Ich glaube nicht, daß die Pest sich leicht nach Sibirien verbreiten kann. Die Krankheit ist im übrigen in dieser Gegend seit 1890 zu Hause und hat ihre größte Ausdehnung in den jetzt davon betroffenen Gebieten nur infolge der In Differenz der chinesischen Behörden erlangen können.“

Nach einem im Pariser Kolonialministerium eingetroffenen Telegramm wütete auf der Insel La Reunion ein heftiger Typhon, der drei Tage und zwei Nächte anhielt. Die Schädigung des Schadens ist unmöglich, da sämtliche Verbindungen unterbrochen sind.

Sport-Nachrichten.

Hauptwinterfest in Schierke.

Nachdem im ganzen Harz ergiebige Schneefälle niedergegangen sind, findet das Hauptwinterfest vom 11. bis 14. Februar statt. Am 11. Februar sind vorgesehen: Militärdauerlauf, Herrenlauf, Internationaler Brodenlauf, Offizier-Dauerlauf, Damenwettlauf, Bobrennen (Preis von Schierke). Am Sonntag beginnt um 11 Uhr der Internationale Sprunglauf, nachmittags Bobrennen um die Meisterschaft vom Harz und den Großen Preis des Bobstetthaus Schierke. Montag, 13. Februar, wird der Patrouillenlauf, das Herrenrodeln, Damenrodeln, das Rodeln um den Preis der Stadt Wernigerode, Jochreitrodeln, sowie das Bobrennen um den vom Harz und der hiesigen gelisteten Preis vom Schloß Wernigerode ausgetragen. Das Fest wird am Dienstag mit Skaton, Springrodel und dem Frostbobrennen beendet. Programm durch Winterportverband Hannover (Fernsp. 5978), sowie durch Kurverwaltung Schierke.
Sonntag fahren verschiedene Winterportionsbezugsge aus Hannover, Magdeburg, Wernigerode, und am Sonnabend aus Berlin.

Letzte Nachrichten.

Schneefälle und Kälte.

Dresden, 8. Febr. Die eingetretenen starken Schneefälle haben in Mittelachsen verschiedene Verkehrsverbindungen hervorgerufen. Unter anderem mußte der Bahnverkehr auf der Linie Wolzhausen-Karlsefeld wegen starker Schneeverwehung bis auf weiteres eingestellt werden. Wie der „Geistliche“ aus Graudenz meldet, sind in ganz Westpreußen heftige Schneefälle niedergegangen. Der Schnee liegt stellenweise einen Meter hoch und verursacht viele Verkehrsstörungen.
Athen, 8. Febr. Seit Dienstag herrscht in Athen wieder heftiges Schneetreiben und ungewöhnliche Kälte, wie sie seit Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Die jüngsten kalten Tage hatten außerordentlich hohe Sterbeziffern im Gefolge. Im Laufe der letzten beiden Tage waren in Athen allein nicht weniger als 480 Todesfälle zu verzeichnen.

Zugzusammenstoß.

Lemberg, 8. Febr. Heute am frühen Morgen lief der von Lemberg nach Kratau abgegangene Schnellzug zwischen den Stationen Kopezke und Dembia mit einem Güterzug zusammen. Mehrere Wagen wurden zerstört; das Doppelgleis ist gesperrt. Die Verbindung mit Kratau ist unterbrochen. Da nähere Nachrichten fehlen, ist es noch nicht bekannt, ob Menschen verunglückt sind.

Opfer der Pest.

Petersburg, 8. Febr. Laut amtlicher Meldung sind im Gebiete der ostchinesischen Bahn seit dem Auftreten der Pest, vom 26. Oktober v. J. bis zum 4. Januar d. J. 12 002 Chinesen und 44 Europäer an der Seuche erkrankt. 11 092 Chinesen und 40 Europäer sind der Pest erlegen.

Sieben Personen ertrunken.

W. Newgort, 8. Febr. An der Küste von Uruguay sank nach einer Kollision mit einem fremden Dampfer das griechische Schiff „Hobos“. Ein Teil der Fahrgäste und die Mannschaft wurde gerettet. Sieben Personen sind ertrunken.

Vermischte Drahtnachrichten.

Wiesbaden, 8. Febr. Nach den neuesten Reisebispositionen wird in diesem Jahre das Kaiserpaar schon im April zu längerem Kuraufenthalt in Wiesbaden eintreffen.

W. Bamberg, 8. Febr. In Königstein in Franken wurde heute mittag der Bürgermeister Baron v. Selig, Hauptmann a. D., in seinem Arbeitszimmer mit durchschnittenen Adern aufgefunden.

W. Wien, 8. Febr. Auf der hiesigen chinesischen Gesellschaft war bis 3 Uhr nachmittags noch keine Meldung über ein Attentat auf den Prinzregenten aus Peking eingetroffen.

Leitung: Wilhelm Geort.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Geort; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Karl Meiner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtlinger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.



